

Landtags

X Wahl 2024



Informationsbroschüre mit Positionen der einzelnen Parteien

Inhalt

Vorwort	1
Wie funktioniert der Jugend-Politik-Kompass?	2
Thesen + Erklärungen – Das sagen die Parteien	
1. Noten in den Talentfächern (Sport, Kunst, Musik) sollen abgeschafft werden.	4
2. Das allgemeine Wahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt werden.	8
3. Die Herkunft soll nicht über Bildungschancen entscheiden.	12
4. Bei der Energiegewinnung in Sachsen sollen erneuerbare Energien bevorzugt werden.	16
5. Im ländlichen Raum sollen mehr Jugendangebote gefördert werden, damit junge Menschen in der Region gehalten werden können.	20
6. Es soll mehr Mitspracherecht für junge Menschen in Sachsen geben, damit die Beteiligung und die Demokratie gefördert werden.	24
7. Es sollte mehr Demokratiebildung für junge Menschen geben.	28
8. Um die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen in den ländlichen Regionen zu ermöglichen, soll der ÖPNV kostenfrei angeboten werden.	32
9. Geflüchtete Menschen sollen in der Integration gefördert werden, durch einen sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt.	36
10. Gegen Rechtsextremismus und verfassungsfeindliche Parteien soll gezielter vorgegangen werden.	40

Vorwort

Herzlich willkommen zur Begleitbroschüre des Jugend-Politik-Kompasses, einem interaktiven Online-Tool, das dir eine spannende und verständliche Annäherung an Politik bietet. Hier werden politische Themen altersgerecht und interessant präsentiert, denn Politik betrifft uns alle – also auch dich!

Wir vom Flexiblen Jugendmanagement (FJM) in Sachsen möchten junge Menschen begleiten, ihre Lebenswelten aktiv zu gestalten. Dafür ermöglichen wir euch eigenverantwortliche Entscheidungen und gesellschaftliche Teilhabe, unterstützen eure Ideen und möchten die Lebensqualität junger Menschen verbessern. Dabei fördern wir demokratische Werte und legen großen Wert auf eure Meinung!

Vor der Landtagswahl 2024 haben wir mit jungen Menschen aus dem ländlichen Raum Sachsens gesprochen, um herauszufinden, was sie bewegt und was sie von den Parteien wissen möchten oder fordern. Aus den vielen Rückmeldungen haben wir die 25 meistgenannten Forderungen ausgewählt und an die Parteien geschickt. Alle Forderungen und Antworten kannst du auf www.jugend-politik-kompass.de nachlesen.

In dieser Broschüre haben wir 10 Forderungen für dich genauer unter die Lupe genommen. Wir wissen, dass nicht jedes Thema für alle interessant ist. Du musst auch nicht alles im Detail wissen, um eine Meinung dazu zu haben. Aber es ist wichtig, dass du dich mit den Themen beschäftigst, die dir wichtig sind, und darüber nachdenkst. Unser Ziel ist es nicht, dass du dich für eine Partei entscheidest, sondern dass du dich mit verschiedenen Meinungen auseinandersetzt.

Denn Wahlen sind nicht die einzige Möglichkeit, wie du dich mit deinen Perspektiven und Ideen einbringen kannst. Das Flexible Jugendmanagement unterstützt dich dabei, deine Projekte in deinem Umfeld umzusetzen und deiner Stimme Gewicht zu verleihen. Schau doch einfach mal in deinem Landkreis beim FJM vorbei: Es gibt vielfältige Angebote und Möglichkeiten.



Wie funktioniert der Jugend-Politik-Kompass?



Entscheiden: Darauf aufbauend kannst du eine informierte Entscheidung treffen, wenn es um politische Diskussionen geht, du bei der U18-Wahl mitwählen willst oder wenn du alt genug bist, um bei der Sächsischen Landtagswahl zu wählen. Der Jugend-Politik-Kompass hilft dir, deine eigene politische Stimme zu finden und zu nutzen.

Informieren: Der Jugend-Politik-Kompass bietet dir Informationen über politischen Themen, die in der kommenden sächsischen Landtagswahl 2024 diskutiert werden. Diese Themen sind speziell auf Interessen und Fragen von jungen Menschen zugeschnitten.

Vergleichen: Du kannst deine eigenen Ansichten mit denen der verschiedenen politischen Parteien vergleichen. Dazu positionierst du dich zu den einzelnen Thesen/Forderungen zu verschiedenen Themen. Anhand deiner Antworten zeigt der Jugend-Politik-Kompass, welche Partei deinen Standpunkten am nächsten steht.¹



Achtung AfD!

In Sachsen wird die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft². Laut Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 13.5.2024 ist die AfD auch auf Bundesebene als rechtsextremer Verdachtsfall bestätigt. Die AfD und die Jugendorganisation "Junge Alternative für Deutschland" dürfen weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet werden³.

Ihre Aussagen sind häufig von Fremdenfeindlichkeit geprägt. Damit versuchen AfD-Politiker*innen besonders diejenigen anzusprechen, die sich von den anderen Parteien nicht vertreten fühlen. Durch provokante Aussagen wollen sie möglichst viel Aufmerksamkeit erregen und Wähler*innenstimmen gewinnen.

Sie stehen auch für viele andere Dinge, denen wir als Flexibles Jugendmanagement entschieden entgegenreten. Zum Beispiel haben sie kein positives Bild von jungen Menschen. Sie sind gegen eine pluralistische und selbstbewusste Jugend, die für ihre Rechte und für die Demokratie einsteht⁴. Im Grundsatzprogramm der AfD wird der Begriff "Jugend" hauptsächlich im Kontext der Kriminalitätsbekämpfung erwähnt⁵.

Lest euch die Programme der Parteien gut durch, schaut euch an, was die Politiker*innen im Internet oder TV sagen und was sie posten. Achtet dabei darauf, ob ihre Äußerungen und Haltungen auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung basieren und für Menschenwürde, Gleichberechtigung und ein respektvolles Miteinander stehen. Auch wenn dir einzelne Antworten einer Partei gefallen, ist es wichtig, ihre Grundrichtung zu betrachten. Das heißt zum Beispiel, selbst wenn du mit vielen Positionen der AfD übereinstimmst, bedeutet das nicht, dass du die Partei gut finden oder wählen musst.

- ¹ Die Antworten der Parteien wurden unverändert abgedruckt.
- ² Sächsische Staatskanzlei: Sächsischer AfD-Landesverband als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft (2023): <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1071656>
- ³ Quelle:
Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen: Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten (2024): https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/23_240513/index.php
- ⁴ Bayerischer Rundfunk: Kritik an AfD-Antrag: "Gegen die Interessen der Jugend" (2024): <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kritik-an-afd-antrag-gegen-die-interessen-der-jugend,09eFukk>
- ⁵ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (2016) S. 25.: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf

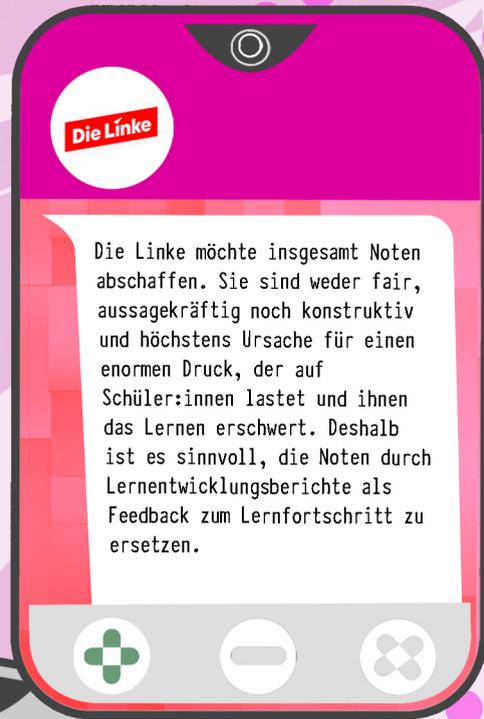
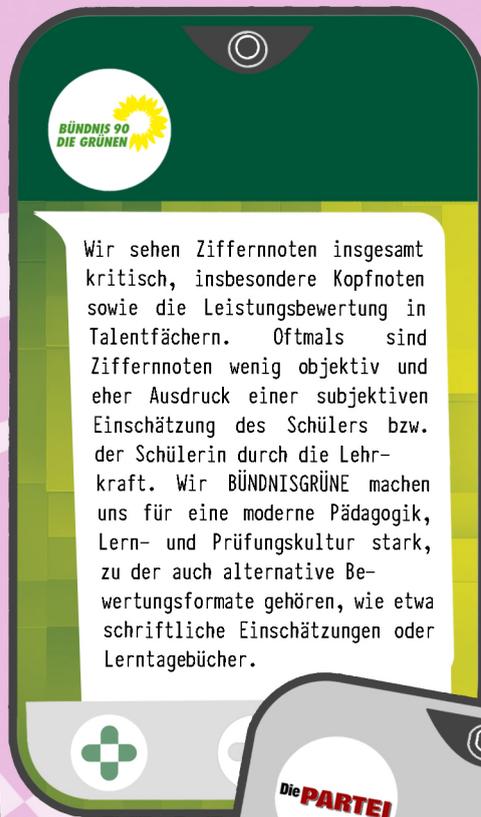
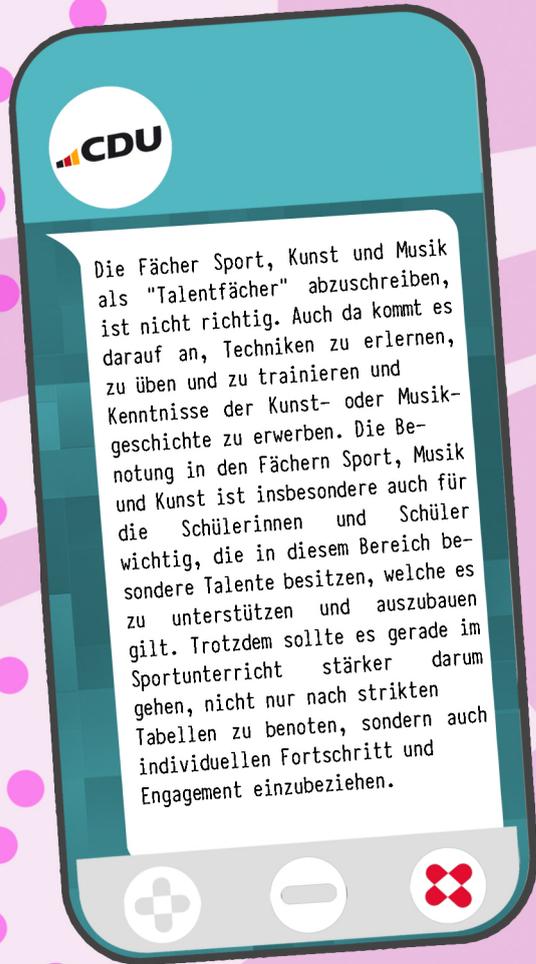
1. Noten in den Talentfächern (Sport, Kunst, Musik) sollen abgeschafft werden.

Es gibt die Forderung, Noten in Fächern wie Sport, Kunst und Musik abzuschaffen. Der Grund dafür ist, dass diese Fächer eure Kreativität, euren Ausdruck und eure persönliche Entwicklung fördern sollen, ohne dass ihr dabei unter Leistungsdruck steht. Kritiker*innen sagen, dass Noten in diesen Fächern oft nicht eure wahren Fähigkeiten und euer Engagement zeigen, sondern eher Frust und Demotivation verursachen. Ohne den Druck der Noten könntet ihr viel freier und kreativer an diese Fächer herangehen und eure Talente besser entfalten. Allerdings würde es dann auch keine Möglichkeit mehr geben, schlechte Noten in anderen Fächern durch gute Noten in diesen Talentfächern auszugleichen.

Das sagen die Parteien

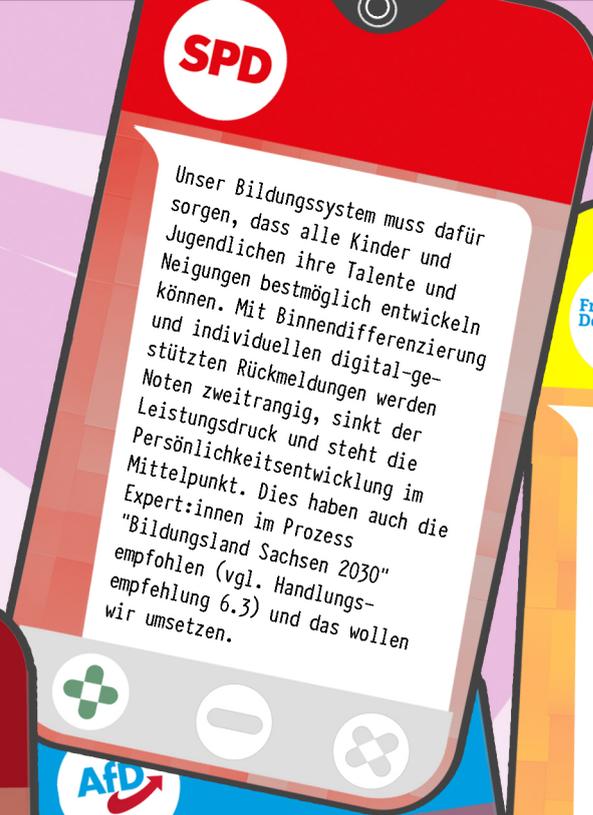


1.

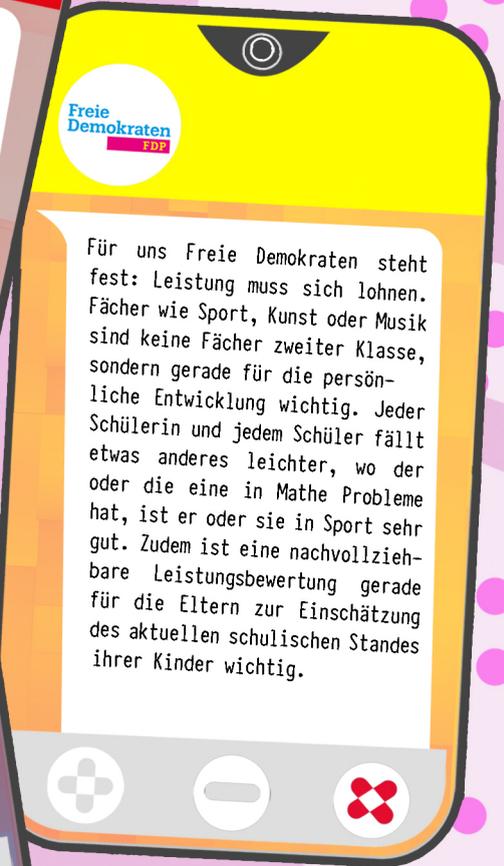




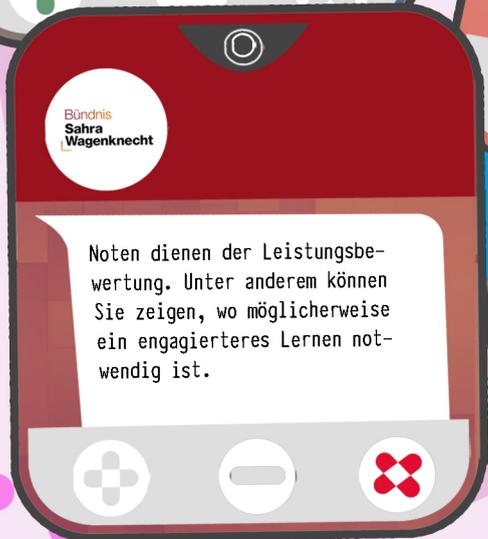
In Talentfächern geht es oft um mehr als nur individuelle Leistung. Ohne Notendruck kann der Fokus im Sportunterricht beispielsweise stärker auf Teamfähigkeit, gegenseitiges Feedback und gemeinsame Erfolgserlebnisse gelegt werden.



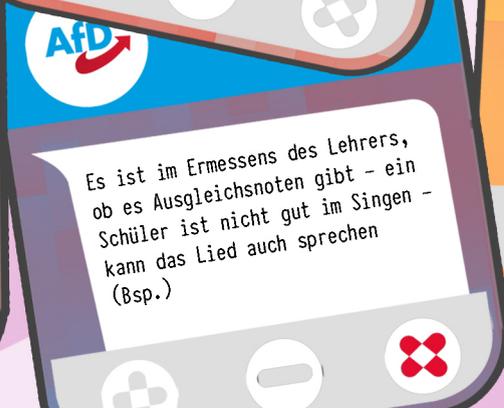
Unser Bildungssystem muss dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Talente und Neigungen bestmöglich entwickeln können. Mit Binnendifferenzierung und individuellen digital-gestützten Rückmeldungen werden Noten zweitrangig, sinkt der Leistungsdruck und steht die Persönlichkeitsentwicklung im Mittelpunkt. Dies haben auch die Expert:innen im Prozess "Bildungsland Sachsen 2030" empfohlen (vgl. Handlungsempfehlung 6.3) und das wollen wir umsetzen.



Für uns Freie Demokraten steht fest: Leistung muss sich lohnen. Fächer wie Sport, Kunst oder Musik sind keine Fächer zweiter Klasse, sondern gerade für die persönliche Entwicklung wichtig. Jeder Schülerin und jedem Schüler fällt etwas anderes leichter, wo der oder die eine in Mathe Probleme hat, ist er oder sie in Sport sehr gut. Zudem ist eine nachvollziehbare Leistungsbewertung gerade für die Eltern zur Einschätzung des aktuellen schulischen Standes ihrer Kinder wichtig.



Noten dienen der Leistungsbeurteilung. Unter anderem können Sie zeigen, wo möglicherweise ein engagierteres Lernen notwendig ist.

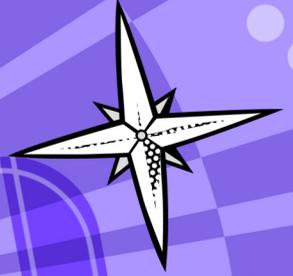


Es ist im Ermessens des Lehrers, ob es Ausgleichsnoten gibt – ein Schüler ist nicht gut im Singen – kann das Lied auch sprechen (Bsp.)

2. Das allgemeine Wahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

Ihr tragt im jungen Alter schon große Verantwortung, trefft in vielen eurer Lebensbereiche eigene Entscheidungen und wollt eure Zukunft gestalten. Die Wahlergebnisse beeinflussen auch euer Leben, ihr solltet also die Möglichkeit haben, eure Stimme abzugeben und so als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft mitzuentcheiden. Außerdem würde eine zukünftige Absenkung des Wahlalters dazu führen, dass die Perspektiven, Erfahrungen und Visionen von euch als jüngere Generation in politische Entscheidungen einfließen: Diese Vielfalt stärkt die Demokratie und ist auch schon in anderen Bundesländern gelebte Praxis. Junge Menschen müssen die Unterstützung erhalten, die sie sich wünschen und benötigen, um fundierte Entscheidungen, auch bei den Wahlen, treffen zu können.

Das sagen die Parteien



2.

CDU

Wählen zu können ist eines der wichtigsten Rechte, die Bürger in Deutschland haben. In einer Demokratie gehören Rechte und Pflichten aber zusammen. Mit 18 Jahren ist man volljährig und geschäftsfähig. Eine potenzielle Absenkung des Wahlalters müsste aus unserer Sicht zwingend mit einer größeren Verantwortung junger Menschen einhergehen.

AfD

In dem Alter ist erst die Findungsphase, wie man so schön sagt.

SPD

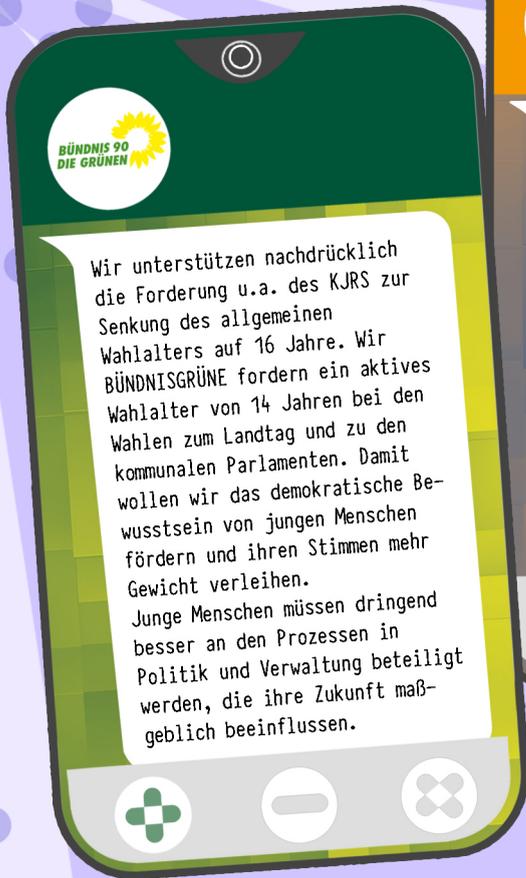
Wir möchten das Wahlalter bundesweit auf 14 Jahre senken. Damit Jugendliche ihre Stimme früher abgeben und mitentscheiden können, wer in der Politik die Entscheidungen über ihre Zukunft trifft. In Sachsen wollen wir das für Kommunal- und Landtagswahlen sowie direktdemokratische Prozesse durch eine Verfassungsänderung erreichen. Außerdem wollen wir es möglich machen, dass sich Jugendliche schon vor dem 14. Geburtstag problemlos ins Wählerverzeichnis einschreiben können.

Die Linke

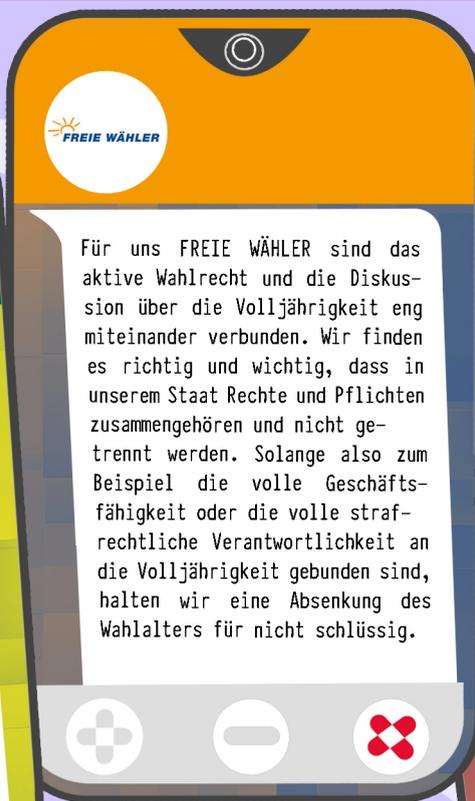
Ja! Und im Gegensatz zu SPD und Grünen oder der CDU reden wir nicht nur über die Wahlalterabsenkung, wir handeln. So haben wir vor einigen Monaten einen Gesetzentwurf zur Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden auf 16 Jahre in den Landtag eingebracht, der leider von der Regierungskoalition abgelehnt wurde, obwohl SPD und Grüne sich gerne dafür aussprechen.

Die PARTEI

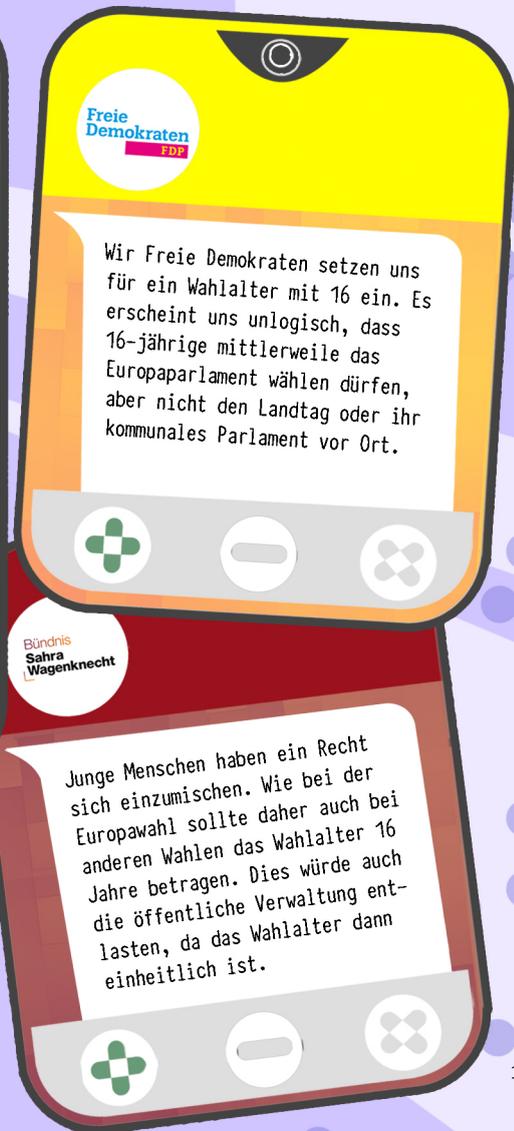
Unter gleichzeitiger Einführung des Wahlhöchstalters bis 16 Jahre vor Ableben. Niemand von Gestern sollte über Morgen Entscheidungen treffen müssen.



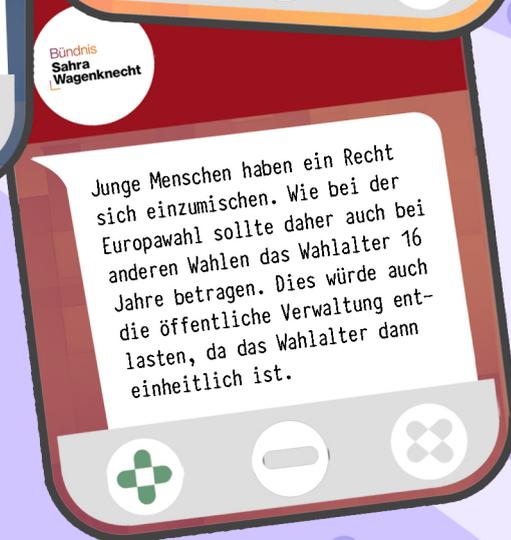
Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung u.a. des KJRS zur Senkung des allgemeinen Wahlalters auf 16 Jahre. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern ein aktives Wahlalter von 14 Jahren bei den Wahlen zum Landtag und zu den kommunalen Parlamenten. Damit wollen wir das demokratische Bewusstsein von jungen Menschen fördern und ihren Stimmen mehr Gewicht verleihen. Junge Menschen müssen dringend besser an den Prozessen in Politik und Verwaltung beteiligt werden, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen.



Für uns FREIE WÄHLER sind das aktive Wahlrecht und die Diskussion über die Volljährigkeit eng miteinander verbunden. Wir finden es richtig und wichtig, dass in unserem Staat Rechte und Pflichten zusammengehören und nicht getrennt werden. Solange also zum Beispiel die volle Geschäftsfähigkeit oder die volle strafrechtliche Verantwortlichkeit an die Volljährigkeit gebunden sind, halten wir eine Absenkung des Wahlalters für nicht schlüssig.



Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Wahlalter mit 16 ein. Es erscheint uns unlogisch, dass 16-jährige mittlerweile das Europaparlament wählen dürfen, aber nicht den Landtag oder ihr kommunales Parlament vor Ort.



Junge Menschen haben ein Recht sich einzumischen. Wie bei der Europawahl sollte daher auch bei anderen Wahlen das Wahlalter 16 Jahre betragen. Dies würde auch die öffentliche Verwaltung entlasten, da das Wahlalter dann einheitlich ist.

3. Die Herkunft soll nicht über Bildungschancen entscheiden.

Das bedeutet, dass ihr, egal wo ihr herkommt oder wie viel Geld eure Eltern haben, ihr die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung, Ausbildung oder ein Studium haben sollt. Jede*r von euch soll die Möglichkeit haben, viel zu lernen, eigene Talente zu entdecken und Träume zu verwirklichen – egal in welchem Viertel ihr wohnt oder welche Sprache ihr zu Hause sprecht. Bildung muss für alle fair und gerecht sein. Die Anliegen und Sorgen junger Menschen müssen ernst genommen, verstanden und respektiert werden.

Das sagen die Parteien



3.



Wir stellen Bildungsgerechtigkeit in den Fokus unserer Politik und wollen beste Bildung für alle ermöglichen, unabhängig von Alter oder Herkunft. Dafür müssen wir den Zugang zu Bildung für alle sichern, individuelle Bildungswege stärken und Mittel dort einsetzen, wo sie wirklich gebraucht werden. Kitas und Schulen mit besonderen Bedarfen wollen wir gezielt unterstützen. Deshalb setzen wir uns engagiert für eine sozialindizierte Steuerung von Ressourcen ein.

Die **PARTEI**

"Damit Chancen keine Chancen bleiben." H.P. Baxxter

CDU

Weil Bildung schon vor der Schule beginnt, diskutieren wir über eine einjährige, kostenfreie Vorschulpflicht für alle Kinder. Das kann helfen, Sprachdefizite abzubauen und mit angeglichenen Vorkenntnissen in die Schule zu starten. Zusätzlich setzen wir uns zum Beispiel für mehr Schulsozialarbeiter in Brennpunktschulen ein.

SPD

Teilhabe an Bildung ist von besonderer Bedeutung, zu oft hängt der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft ab. Bildung muss gebührenfrei sein - von der Kita bis zum Master oder Meister! Wir wollen die Kita-Gebühren und Langzeitstudiengebühren abschaffen und garantieren die Lernmittelfreiheit. Mit einer Stärkung der frühkindlichen Bildung, mehr Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, dem Startchancenprogramm sowie nach sozialen Kriterien verteilten Zusatzressourcen schaffen wir Chancengerechtigkeit.

Freie Demokraten
FDP

Das ist ein Kernziel liberaler Politik. Jede und jeder soll das im Leben erreichen können, was er oder sie möchte. Dabei muss es egal sein, aus welchem Elternhaus man kommt oder in welchem Stadtteil man aufwächst. Wir müssen das Aufstiegsversprechen erneuern und dazu zählt zuallererst ein Bildungssystem, welches Aufstieg ermöglicht.



Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Bildung muss Allen offen stehen, unabhängig der Herkunft.



Die Linke

Deutschland ist von Bildungsgerechtigkeit weit entfernt, in keinem anderen Land der EU sind die Bildungschancen von Kindern so von ihrer sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die jeweiligen Bundes- und Landesregierungen. Deswegen kämpfen wir für ein sozial gerechtes, inklusives und solidarisches Bildungssystem.



FREIE WÄHLER

Jedem Menschen müssen die gleichen Chancen zustehen - egal, aus welcher sozialen Schicht er stammt.



AFD

Jeder sollten die gleichen Chancen bekommen - unabhängig vom Geld oder der Herkunft.



4. Bei der Energiegewinnung in Sachsen sollen erneuerbare Energien bevorzugt werden.

Deutschland hat beschlossen, die Treibhausemission bis 2030 auf 65% (im Vergleich zu 1990) zu verringern. Laut aktuellen Prognosen⁶ ist Deutschland auf einem guten Weg dieses Ziel zu erreichen und muss die bisher getroffenen Maßnahmen konsequent umsetzen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Maßnahmenpaketes ist die Umstellungen auf erneuerbare Energien. Das bedeutet, dass wir mehr auf Solar-, Wind- und Wasserkraft setzen, um umweltfreundlicher zu werden und unseren Planeten zu schützen.

⁶ PRESSEMITTEILUNG 15.03.2024, Bundesumweltamt

Das sagen & die Parteien



A.

Wir treten ein für:

- Förderung erneuerbarer Energien und Ausbau des ÖPNV für eine umweltfreundliche Kreisentwicklung. Unterstützung jeglicher Initiativen zur Förderung von Nachhaltigkeit in den Bereichen Verkehr, Energie und Abfallwirtschaft.
- Förderung kommunaler Energiegesellschaften mit direkter Bürgerbeteiligung und Bürgerkraftwerken.
- Aufbau einer Energie- bzw. Klimaschutzagentur auf Kreis-ebene als operativer Partner für ein breites Netzwerk von Akteuren

Energie, einfach so vom Himmel,
aus der Luft? It's a trap!

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass wir mehr erneuerbare Energien in Sachsen brauchen, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Dennoch wollen wir einen Ausbau erneuerbarer Energien mit Augenmaß und unter Einbeziehung berechtigter Anrainerinteressen. Wir möchten Verfahren, wie das Repowering vereinfachen, bei welchem alte Windräder gegen neue, leistungsstärkere ausgetauscht werden. Bis 2030 soll sich die installierte Gesamtleistung sächsischer Windkraftanlagen verdoppeln.

Erneuerbare Energien spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Energiegewinnung. Wir unterstützen den Ausbau von Wind- und Solarenergie. Allerdings kann das nicht ohne die Menschen vor Ort geschehen: sie müssen weiterhin ein Mitspracherecht haben. Gleichzeitig brauchen wir eine sichere, bezahlbare und grundlastfähige Energieversorgung. Deshalb stehen wir zum Kohlekompromiss und sind dagegen, den Kohleausstieg vorzuziehen. Ebenso stehen wir für Technologieoffenheit bei der Energieerzeugung.

FREIE WÄHLER

Wir stehen für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energiegewinnung. Sachsen braucht ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des immer steigenden Energiebedarfs für Wirtschaft und Bürger. Dafür braucht es einen vernünftigen Energiemix aus erneuerbaren Energien und zukünftstechnologischen Entwicklungen, aber auch an konventionell erzeugten Energien kommen wir momentan nicht vorbei. Die alleinige Fixierung auf erneuerbare Energien lehnen wir ab.

Die Linke

Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde. Wir kämpfen für einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist entscheidend für eine nachhaltige Energieversorgung und wirksamen Klimaschutz in Sachsen. Der Ausbau v.a. von Wind & PV und das Auslaufen von Kohle & später Gas macht uns unabhängig von Importen fossiler Brennstoffe und fördert gleichzeitig regionale Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Luftqualität & Artenschutz. Sachsen hat riesiges Potenzial für die Erneuerbaren und wir wollen das für eine sichere, enkeltaugliche & klimafreundliche Energieversorgung nutzen.

SPD

Als SPD setzen wir auf die Energiewende und erneuerbare Energien. Durch den vollzogenen Atom- und den zukünftigen Kohleausstieg in Deutschland wird die Gewinnung von Energie aus Wind, Sonne etc. immer wichtiger, auch für die Industrie. Die Energieversorgung muss sicher, bezahlbar und umweltfreundlich sein, auch in Sachsen. Da haben wir insbesondere bei den erneuerbaren Energien Nachholbedarf.

AfD

Es muss eine gesunde Mischung von der Energiegewinnung erfolgen. Keine Verbote.

5. Im ländlichen Raum sollen mehr Jugendangebote gefördert werden, damit junge Menschen in der Region gehalten werden können.

Damit ihr euch in ländlichen Räumen wohlfühlt und gerne hier bleibt, müssen diese attraktiver gestaltet werden. Dafür braucht es Räume, in denen junge Menschen sich frei entfalten und gestalten können. Diese Plätze müssen euch konkret zur Verfügung gestellt werden. Es muss vielfältige Angebote für euch geben, damit ihr euch vernetzen, gemeinsame Interessen verfolgen und euch in eurer Gemeinschaft engagieren könnt. Jugendarbeit ist dabei nie neutral. Es werden stets demokratische und pluralistische Werte sowie die Interessen junger Menschen vertreten. Ziel ist es, solche Angebote zu stärken und damit die Bindung an den Heimatort zu fördern.

Das sagen die Parteien



5.

SPD

Ländliche Räume sind von Bevölkerungsrückgang besonders betroffen. Umso wichtiger ist es, junge Menschen zu halten und anzuziehen. Daher müssen Kitas und Schulen, Kultur-, Sport- und Jugendeinrichtungen sowie der ÖPNV gut ausgebaut sein. Uns ist die Förderung eines flächendeckenden Netzes von Jugendtreffs und Freizeiteinrichtungen sehr wichtig. Damit Jugendangebote verlässlich sind, braucht es eine demografiefeste Jugendpauschale und die Möglichkeit längerer Förderzeiträume auf kommunaler Ebene.

Die **PARTEI**

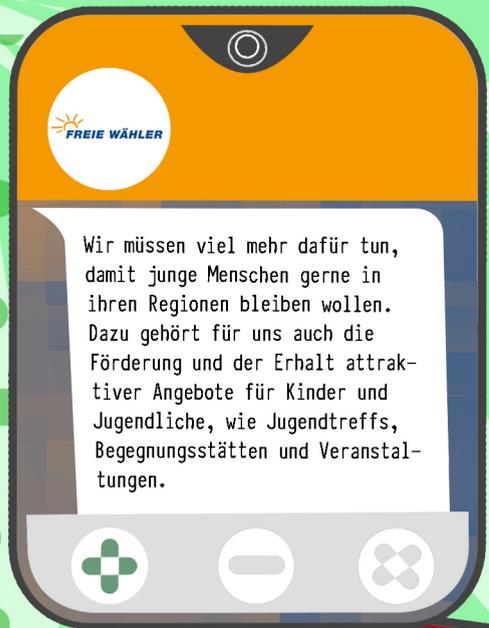
Moderne Rekrutierungszentren für dem Lande sind unumgänglich, um einen gentrifizierenden Zustrom junger hipper Swagger:innen in die Metropolen sicherzustellen. Gerade hier kann mensch noch mit "die Welt gehört dir" und "du kannst alles erreichen" den klügsten Tölpel delulu

CDU

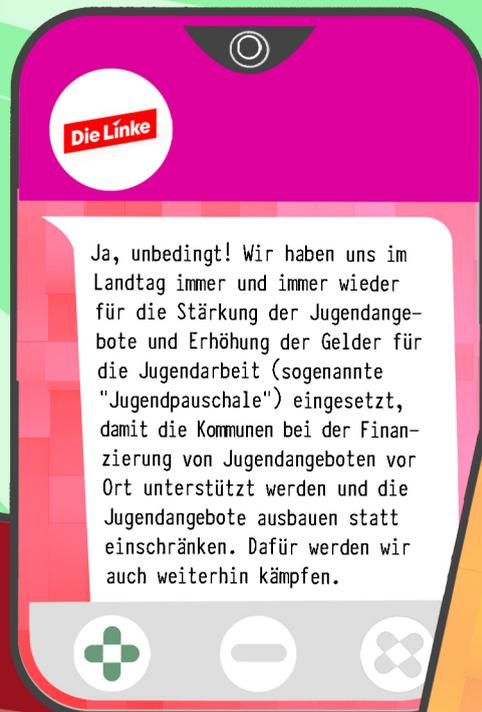
Die Jugend ist für die Zukunft ländlicher Räume entscheidend. Wir wollen die Bindung von Jugendlichen an ihr Dorf und ihre Region weiter stärken. Deshalb unterstützen wir Vereine und andere Träger, die eine aktive Jugendarbeit leisten. Dazu gehören auch Sportgelegenheiten wie Fußballfelder und Sporthallen.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Wir setzen uns für eine starke Kinder- und Jugendhilfe ein, um allen jungen Menschen im Freistaat gleiche Chancen auf ein gesundes und glückliches Aufwachsen zu bieten. Wir setzen uns für landesweit gültige Mindeststandards ein, um sicherzustellen, dass Kinder unter gleichwertigen Bedingungen aufwachsen können. Dazu planen wir die Jugendpauschale weiterzuentwickeln, um die Leistungen der Jugendarbeit zu sichern und insb. im ländlichen Raum jedem Kind&Jugendlichen erreichbare Angebote zu bieten.



Wir müssen viel mehr dafür tun, damit junge Menschen gerne in ihren Regionen bleiben wollen. Dazu gehört für uns auch die Förderung und der Erhalt attraktiver Angebote für Kinder und Jugendliche, wie Jugendtreffs, Begegnungsstätten und Veranstaltungen.



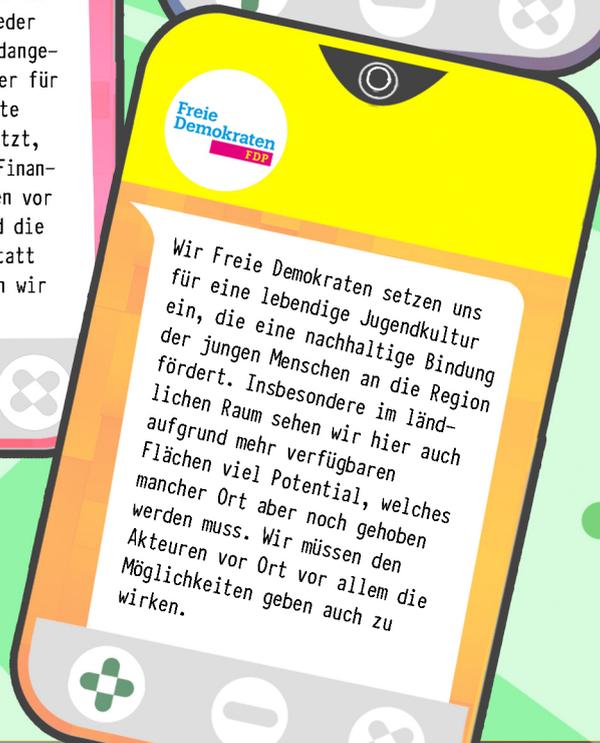
Ja, unbedingt! Wir haben uns im Landtag immer und immer wieder für die Stärkung der Jugendangebote und Erhöhung der Gelder für die Jugendarbeit (sogenannte "Jugendpauschale") eingesetzt, damit die Kommunen bei der Finanzierung von Jugendangeboten vor Ort unterstützt werden und die Jugendangebote ausbauen statt einschränken. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen.



Vor allem politikneutral.



Junge Menschen wollen ausprobieren, sich entfalten. Dies kann und soll mit verschiedenen Angeboten unterstützt werden.



Wir Freie Demokraten setzen uns für eine lebendige Jugendkultur ein, die eine nachhaltige Bindung der jungen Menschen an die Region fördert. Insbesondere im ländlichen Raum sehen wir hier auch aufgrund mehr verfügbaren Flächen viel Potential, welches mancher Ort aber noch gehoben werden muss. Wir müssen den Akteuren vor Ort vor allem die Möglichkeiten geben auch zu wirken.

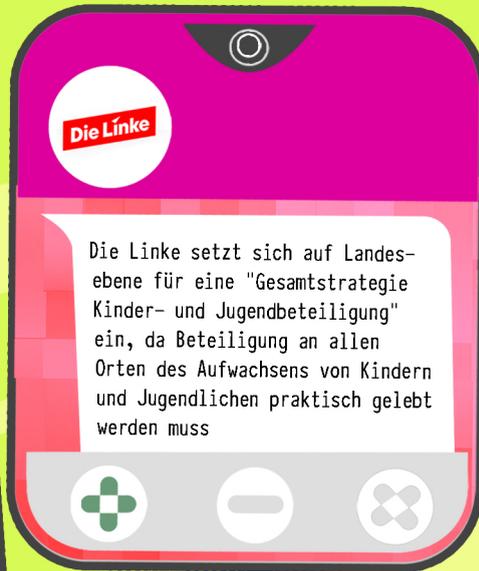
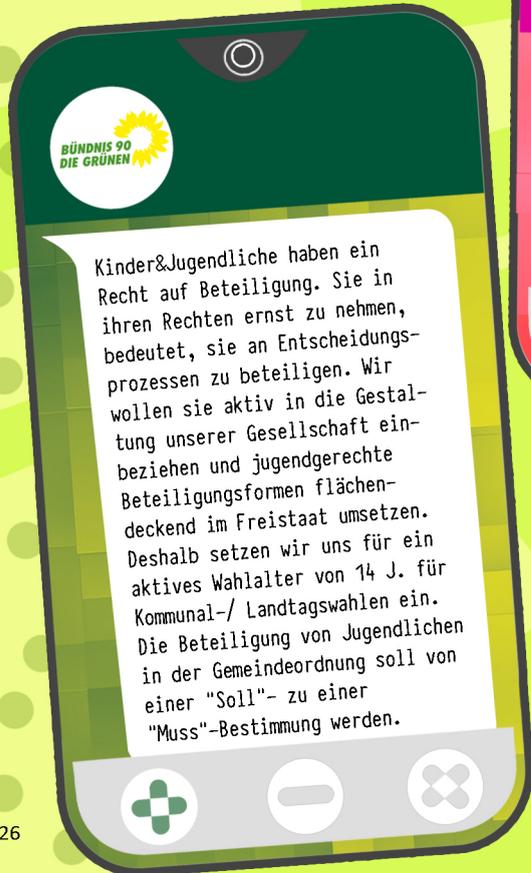
6. Es soll mehr Mitspracherecht für junge Menschen in Sachsen geben, damit die Beteiligung und die Demokratie gefördert werden.

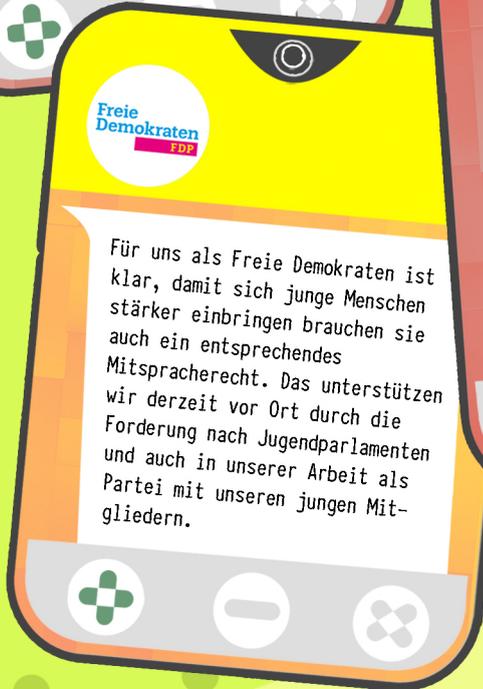
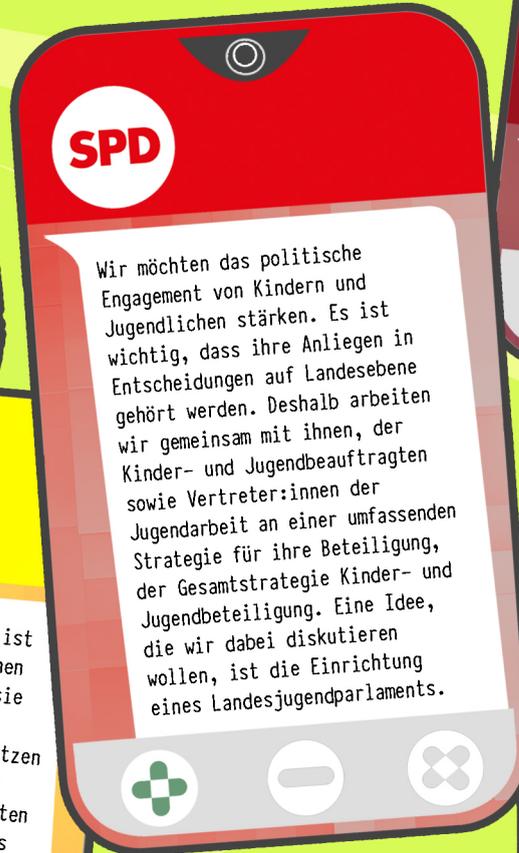
Kinder- und Jugendbeteiligung – also euch bei politischen Entscheidungen einzubeziehen – ist eine gute Möglichkeit, Demokratie von Kleinauf zu üben und Kompetenzen zu erwerben, sich auch später aktiv in die Politik einzubringen. Ihr habt das Recht dazu und dieses Recht muss auch wirklich umgesetzt werden! Ziel ist es, alle jungen Menschen ernst zu nehmen, ihre Anliegen und Sorgen zu verstehen und zu respektieren. Leider wird dies nicht von allen so gesehen.

Das sagen die Parteien



6.





7. Es sollte mehr
Demokratiebildung
für junge Menschen
geben.

Demokratiebildung ist besonders wichtig und heißt konkrete Beteiligung. Das bedeutet, mit euch über die Themen zu reden, die euch bewegen und euch eine gleichberechtigte Stimme in politischen Entscheidungen vor Ort zu geben. Dazu gehört auch, dass es Räume und Möglichkeiten geben muss, eure Projekte umsetzen und euer Lebensumfeld (mit-)gestalten zu können. Damit all das gut möglich ist, braucht es Gelder und auch (außer-)schulische Bildungsangebote, die euch unterstützen, mit Herausforderungen wie Fake News gut umzugehen. Deswegen muss Demokratiebildung umfassend gefördert werden.

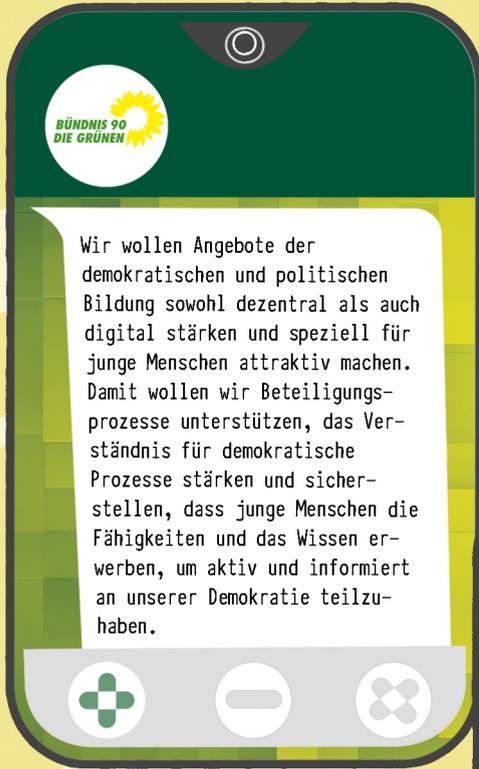
Das sagen die Parteien



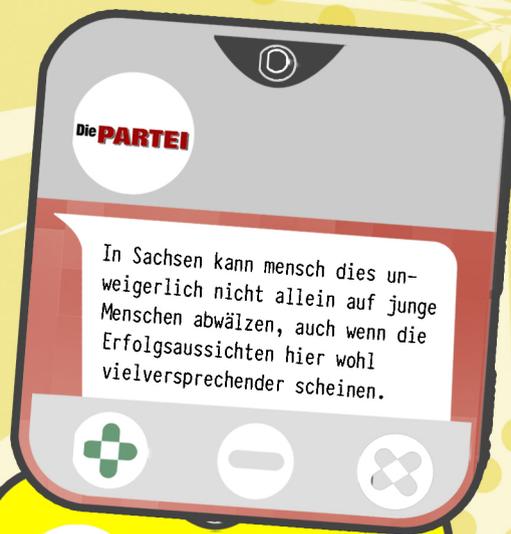
7.



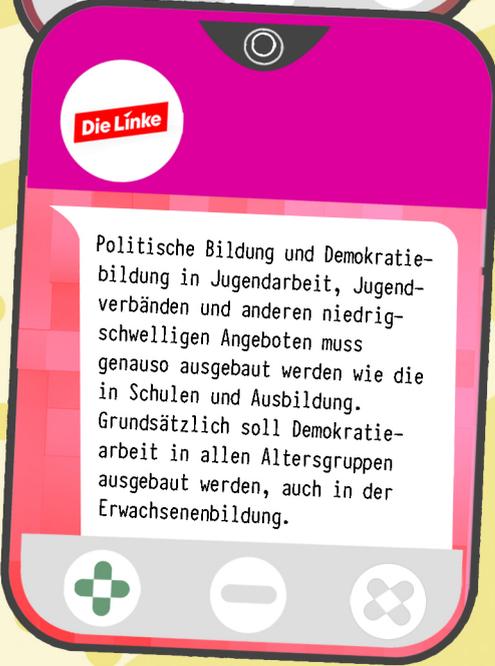
Es gibt bereits eine breite Palette an Angebote, welche nur genutzt werden muss.



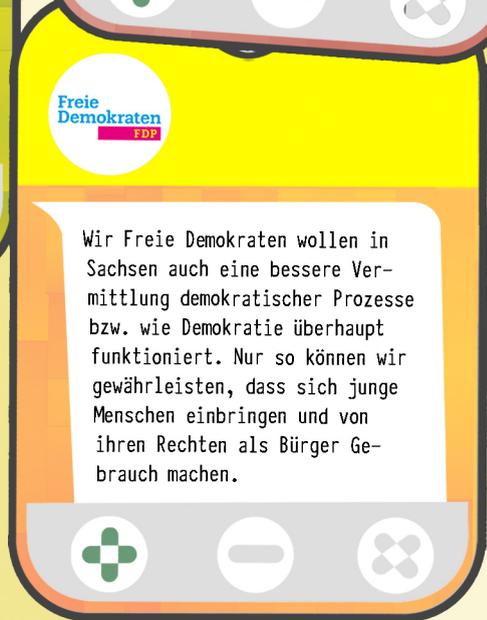
Wir wollen Angebote der demokratischen und politischen Bildung sowohl dezentral als auch digital stärken und speziell für junge Menschen attraktiv machen. Damit wollen wir Beteiligungsprozesse unterstützen, das Verständnis für demokratische Prozesse stärken und sicherstellen, dass junge Menschen die Fähigkeiten und das Wissen erwerben, um aktiv und informiert an unserer Demokratie teilzuhaben.



In Sachsen kann mensch dies unweigerlich nicht allein auf junge Menschen abwälzen, auch wenn die Erfolgsaussichten hier wohl vielversprechender scheinen.



Politische Bildung und Demokratiebildung in Jugendarbeit, Jugendverbänden und anderen niedrigschwelligen Angeboten muss genauso ausgebaut werden wie die in Schulen und Ausbildung. Grundsätzlich soll Demokratiearbeit in allen Altersgruppen ausgebaut werden, auch in der Erwachsenenbildung.



Wir Freie Demokraten wollen in Sachsen auch eine bessere Vermittlung demokratischer Prozesse bzw. wie Demokratie überhaupt funktioniert. Nur so können wir gewährleisten, dass sich junge Menschen einbringen und von ihren Rechten als Bürger Gebrauch machen.

FREIE WÄHLER

Sachsen muss die politische Bildung stärker fördern, um Jugendliche gegen extremistische Einflüsse stark zu machen.



AfD

Jugendlichen sollten frei Ihre Meinung äußern dürfen. Diese benötigt keine Demokratiebildung.



CDU

Kinder und Jugendliche sollen Demokratie praxisnah kennenlernen und selbst erleben. Dafür entwickeln wir ein Konzept, mit dem Schulklassen z.B. an Gerichtsverhandlungen teilnehmen können oder Personen aus der Praxis des deutschen Rechtssystems kennenlernen. In der Schule geht es vor allem darum, die Grundlagen der demokratischen Ordnung zu vermitteln und den Schülerinnen und Schülern das nötige Verständnis mitzugeben, sich selbstständig und faktenbasiert eine Meinung zu bilden. Die Möglichkeiten der Demokratiebildung finden auch bei den Schülervertretungen in den Schulen, auf Kreis- und Landesebene ihre Entsprechung.



SPD

Politische Bildung ist entscheidend für demokratische Teilhabe. Wir fördern Projekte, die heute schon in Kitas und Schulen Demokratie vermitteln. Schule als Erfahrungsraum fördert Mitsprache und Werte. Das Konzept "W wie Werte" wird auch in Zukunft zur politischen Bildung in Schulen beitragen. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung wird weiterhin wichtige Angebote zu aktuellen politischen Themen für junge Menschen außerhalb der Klassenzimmer anbieten.



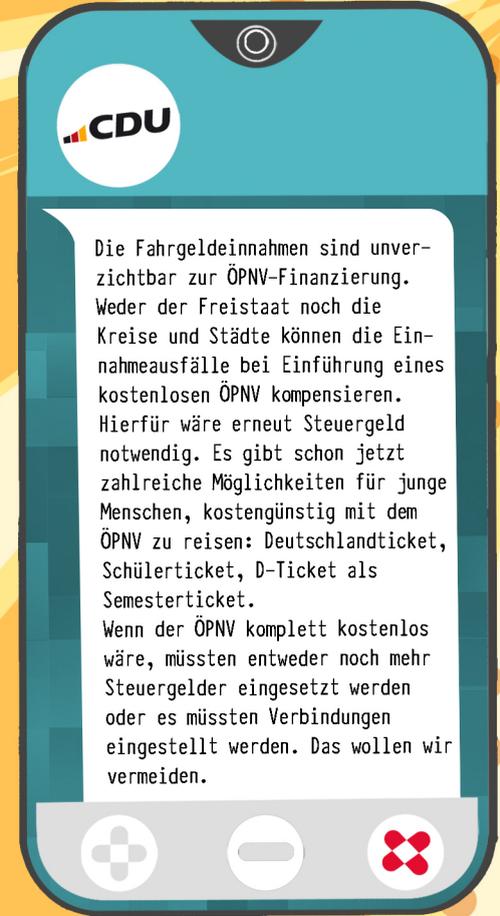
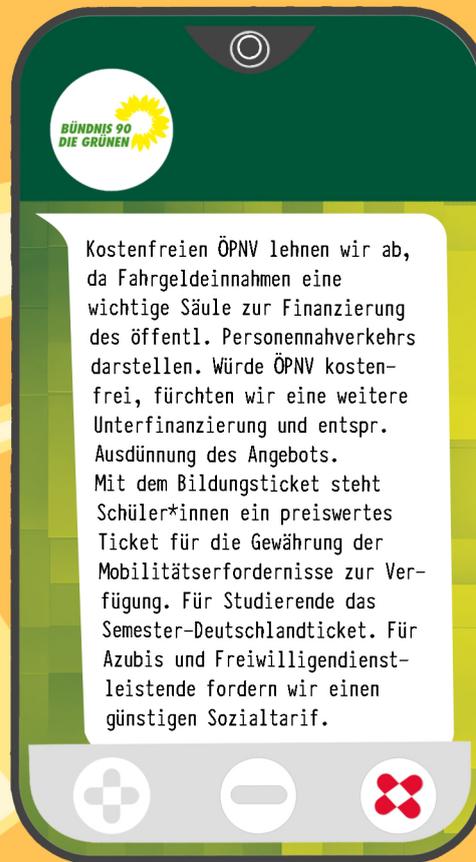
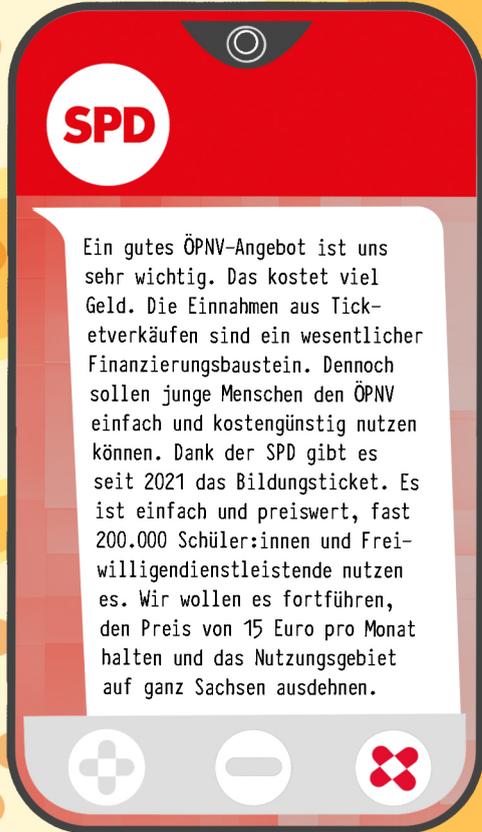
8. Um die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen in den ländlichen Regionen zu ermöglichen, soll der ÖPNV kostenfrei angeboten werden.

Mobilität ist ein Grundrecht und ermöglicht euch, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Aber oft hängt es davon ab, wie viel Geld eure Eltern haben. Das betrifft den Besuch bei Freund*innen, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen und anderen Freizeitaktivitäten. Wenn ihr den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen könnt, seid ihr unabhängiger und habt bessere Zugangsmöglichkeiten und könnt an allem teilnehmen, was euch wichtig ist. euch wichtig ist.

Das sagen die Parteien



8.



Freie Demokraten
FDP

Auf Bundesebene hat unser FDP Minister Volker Wissing bereits ein vergünstigtes, unbürokratisches Ticket eingeführt. Einen "kostenfreier ÖPNV" dagegen lehnen wir ab, da es nur zu einer Verlagerung der Kosten in staatliche Haushalte führen, aber keine Verbesserung der Abdeckung ländlicher Räume bewirken würde. In den ländlichen Regionen ist das größte Problem des ÖPNV nicht der Preis, sondern die Abdeckung.

Die PARTEI

Gratis ÖPNV, in ländlichen Regionen, ohne ÖPNV... ihr dachtet wir merks nicht. Pahl! Bis dahin gilt unsere Kernforderung "Schwarzfahren muss bezahlbar bleiben" uneingeschränkt.

AfD

Das würde weniger Bürokratie geben.

Die Linke

Der ÖPNV muss ausgebaut und attraktiver gemacht. Wir wollen eine ÖPNV-Offensive. Wir wollen starten, stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb nehmen und Mindestbedienstandards einführen. Wir wollen den ÖPNV barrierefrei, fahrscheinfrei und kostenfrei gestalten.

FREIE WÄHLER

Die FREIEN WÄHLER fordern einen verlässlichen und flexiblen öffentlichen Personennahverkehr mit einem sachsenweiten, erschwinglichen Ticket für alle Familienmitglieder. Eine vollständige Subventionierung des ÖPNV sehen wir jedoch kritisch. Die bisherigen Versuche von Kommunen, einen kostenlosen Nahverkehr einzuführen, haben gezeigt, dass dieser kaum zu finanzieren ist.

Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Wir treten ein für: Entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schülerinnen und Schüler sowie Azubis.

9. Geflüchtete Menschen sollen in der Integration gefördert werden, durch einen sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt.

In Deutschland gibt es viele Menschen, die aus anderen Ländern geflohen sind und hier arbeiten möchten. Aber es ist oft schwierig für sie, eine Arbeit zu finden. Sie müssen zum Beispiel lange auf eine Arbeitserlaubnis warten und bestimmte Qualifikationen erfüllen. Junge geflüchtete Menschen müssen dabei unterstützt werden, gut in Deutschland anzukommen. Dies betrifft sowohl die Arbeitswelt als auch soziale Bereiche wie Freizeitangebote und Beteiligungsmöglichkeiten.

Das sagen die Parteien



9.

AfD

Sollten einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten – die Förderung sehe ich kritisch – die Arbeitslosen, welche flächendeckend in Dtsch. sind, müssen schnellstmöglich in Arbeit gebracht werden.

Die Linke

Ja. Deswegen müssen ausländische Abschlüsse und auch praktische Berufserfahrungen schneller und einfacher anerkannt werden, um einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und eine qualifikationsadäquate Beschäftigung zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Bundesratsinitiative zur Übernahme der Anerkennungspartnerschaften auch für Geflüchtete. Wir setzen uns aber auch insgesamt für mehr soziale und gesellschaftliche Integration der Zugewanderten ein.

SPD

Beschäftigung erleichtert Integration und bietet Teilhabe. Wir verpflichten die Verwaltungsbehörden, alle Ermessensspielräume zugunsten der Ausbildungs- und Beschäftigungserlaubnis von Menschen zu nutzen. Die Handhabung von Wohnsitzauflage, Duldung, Abschiebung und ähnlichen Instrumenten soll so ausgeübt werden, dass Geflüchtete dem sächsischen Arbeitsmarkt nicht entzogen werden, sondern ihren Aufenthalt fortsetzen können, solange das Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsverhältnis besteht.

Arbeit ist wichtig für die Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass Asylbewerber schneller in einen Arbeitsprozess integriert werden. Am Anfang kann das auch durch eine Arbeitspflicht für gemeinnützige Aufgaben geschehen. Davon profitieren am Ende alle: Geflüchtete ohne eine Arbeitserlaubnis wird eine sinnvolle Beschäftigung geboten. Gleichzeitig können "gemeingessellschaftliche Aufgaben" erledigt werden.

Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Wir treten ebenfalls ein für: Menschen, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden, haben ein Recht auf Asyl in Deutschland. Sie sollten möglichst schnell in die Lage versetzt werden, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Eine weitere Überlastung unserer Stadt/Gemeinde durch unregelmäßige Migration und von Menschen ohne Schutzanspruch werden wir anders organisieren.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Integration bedeutet, sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen und akzeptiert zu werden. Das miteinander Arbeiten fördert Selbstwirksamkeit, Sprachkompetenzen und gegenseitige Akzeptanz. Wir wollen, dass Geflüchtete schneller einen Job bekommen und nicht nur im Niedriglohnsektor bleiben müssen. Dafür braucht es unkomplizierte Anerkennung von Berufsabschlüssen, passende Sprachkurse und Qualifizierungen, und Unternehmen die offen sind, dass Sprache und Kompetenzen im Job erlernt werden.

Freie
Demokraten
FDL

Für uns Freie Demokraten steht fest: Integration gelingt nur über den ersten Arbeitsmarkt. Hier lernen Migranten im praktischen Umgang Sprache und gesellschaftliche Regeln und Gepflogenheiten am besten. Gesellschaftliche Vielfalt ist Teil unseres Selbstverständnisses. Bei Integration setzen wir auf das Prinzip "Fordern und Fördern". Der Einstieg in die Erwerbsarbeit muss daher einfach sein.

FREIE WÄHLER

Ein sofortiger Zugang zum Arbeitsmarkt kann die Integration von Geflüchteten fördern und gleichzeitig den Fachkräftemangel in Deutschland verringern.

Die **PARTEI**

Arbeit ist Scheiße! Wollen wir so Menschen wirklich begrüßen? Und dann evtl. noch für 80 Cent / Stunde. Arbeit - ohne uns!

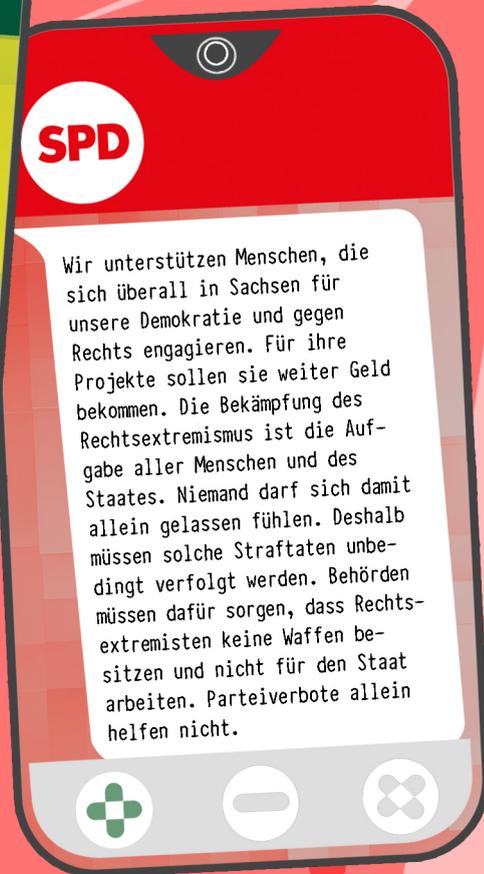
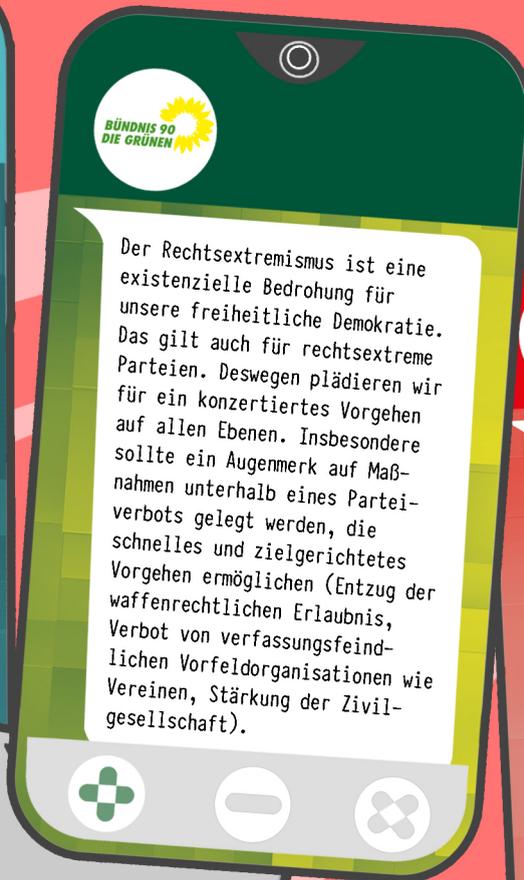
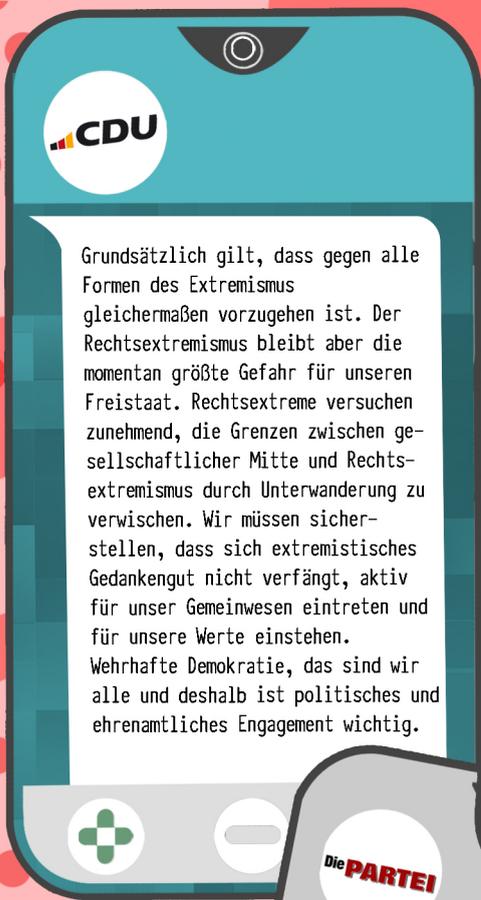
Rechtsextremismus und verfassungsfeindliche Parteien sind eine Gefahr für unsere Demokratie und ein friedliches Zusammenleben. Sie verbreiten Hass, spalten die Gesellschaft und führen zu Gewalt und Ausgrenzung. Sie haben zum Ziel demokratische Werte und zivilgesellschaftlicher Akteure zu kriminalisieren und bezeichnen diese als linksextrem. Daraus wiederum ergibt sich, dass rechtsextremistische Gewalt und Überzeugungen verharmlost werden. Wenn wir gemeinsam gegen solche Gruppen vorgehen, schützen wir die Rechte und Freiheiten aller und sorgen dafür, dass unsere Gemeinschaft sicher und respektvoll bleibt. Es ist wichtig, dass wir frühzeitig handeln, um diese Gefahren zu bekämpfen und unsere demokratischen Werte zu bewahren. Es muss sich aktiv gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Gedanken eingesetzt werden. Demokratie- und Menschenrechtsbildung sind keine Form von Linksextremismus, sondern die Vermittlung humanistischer Werte.

10. Gegen Rechtsextremismus und verfassungsfeindliche Parteien soll gezielter vorgegangen werden.

Das sagen die Parteien



10.



 FREIE WÄHLER

Wir dulden keinen Extremismus in unserer freiheitlichen offenen Gesellschaft, weder von Rechts, von Links noch von islamistischen Eiferern. Extremisten muss der Staat wachsam und wehrhaft gegenüberstehen. Ein wehrhafter Staat muss sich bereits im Vorfeld von strafrechtlichen Handlungen über extremistisches Tun ein klares Bild verschaffen. Für eine wehrhafte Demokratie ist ein starker Verfassungsschutz unverzichtbar.



 Afd

Jegliche Formen von Extremismus (Rechts- und auch Linksextremismus, Islam) sollte flächendeckend geprüft werden.



 Freie Demokraten
FDP

Wir Freie Demokraten verurteilen jede Form des Extremismus. Politischen Extremismus von Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus. Dies gilt insbesondere für den Antisemitismus.



 Die Linke

Definitiv. Wir fordern unter anderem ein "Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus", eine Antifaschismus-Klausel in der Sächsischen Verfassung und die konsequente Entwaffnung der rechten Szene.



 Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Egal welcher Extremismus, wir schützen unsere Demokratie und damit ebenfalls das Recht auf freie Meinungsäußerung solange diese vom Gesetz gedeckt ist.



**& KINDER
& JUGEND RING**
SACHSEN RING
Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände in Sachsen

Herausgegeben durch Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.
Stand: Juli 2024

Kontakt

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.
Saydaer Str. 3, 01257 Dresden
Tel.: 0351-316790
Mail: info@kjrs.de

Gestaltung

Jana Bachmann



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.



